Unser Freund am Bosporus

Darf die Türkei in die EU?

Ein alter Streit in neuem imperialistischen Lichte

Auf dem europäischen Gipfel im Dezember 2004 soll über die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen zwischen der EU und der Türkei entschieden werden. Seit 17 Jahren bewirbt sich die Türkei bereits um eine Aufnahme in die EU, und genauso lange wurde sie von den Staaten der EU hingehalten. Fragt sich, warum? Bei den osteuropäischen Ländern konnte es nach der Auflösung des Sowjetblocks mit der Aufnahme in die EU gar nicht schnell genug gehen, um diese Region möglichst unwiderruflich an die EU zu binden. Zweifel, ob die ökonomische „Rückständigkeit“ der“ Länder Osteuropas nicht die EU überforderten, wurden sofort verworfen. Ganz anders bei der Türkei: Hier konnten deutsche Politiker gar nicht oft genug in Zweifel ziehen, ob so ein „rückständiges“ – obendrein noch „bevölkerungsreiches“ und „muslimisches“ Land, „überhaupt zu Europa passt“ oder „gehört“.

- Was machte deutsche Europa-Politiker so unsicher, ob ein Beitritt der Türkei ein Zugewinn für die Gemeinschaft ist oder eine Belastung?
- Warum hat sich Fischer im Namen der rot-grünen Bundesregierung dazu durchgerungen, der Türkei einen „Platz in Europa“ anzubieten, während Oppositionsführerin Merkel Ankara auf den Notsitz „privilegierter Partnerschaft“ verbannen will?

Bis vor kurzem galt die Türkei als hoffnungsloser Sanierungsfall: Alle paar Jahre waren Kredite der NATO-Verbündeten und IWF-Kredite nötig, um den Staatsbankrott abzuwenden. Vor drei Jahren ging nach „Hyperinflation“ und einer Bankenkrise die türkische Währung in den Keller; Massenunruhen brachen aus, weil die Löhne über Nacht nichts mehr wert waren usw.

- Was macht die Türkei jetzt – kaum drei Jahre später – in den Augen der rot-grünen Bundesregierung aus einem „Fass ohne Boden“ zu einem Zugewinn für die EU?

Nach Jahrzehnten laizistischer Herrschaft unter Aufsicht der Armee mit strikter Verbannung der (islamischen) Religion aus der Politik und allen staatlichen Institutionen (z. B. Kopftuchverbot für Lehrerinnen und Schülerinnen) gewann vor ein paar Jahren der „Islamist“ Erbakan die Wahlen. Die EU sah das Gespenst einer islamistischen türkischen Republik am

Rande Europas heraufziehen. Und sie hat der Türkei als Bedingung für jede weitere Zusammenarbeit ein Programm verordnet, das von ihr nichts weniger verlangt als eine Änderung der meisten Grundsätze, nach denen dort seit Atatürk regiert wird. Mittlerweile regiert der „gemäßigte Islamist" Erdoğan, der seine politische Laufbahn unter Erbakan begonnen hatte – und macht den Herren in Berlin und Brüssel offenbar alles richtig.

- Mit welchen „Reformen" hat Erdoğan sich und seinem Staat, dessen Territorium zum weitaus größten Teil in Asien liegt, das Lob aus grünem Außenminister-Mund verdient, die Türkei habe ihren Platz in Europa?
- Und was verspricht sich die Türkei von diesem Platz, wenn sie doch dafür nach den Auflagen der EU ihre gesamte Staatsräson ändern muss?

Mehr darüber am **Mittwoch, 14. Juli, 20.15 Uhr**
Jos Fritz Café, Freiburg, Wilhelmstraße 15

V.i.S.d.P.: Dominik Mahdavi Azar – u-asta der Uni Freiburg – Belfortstrasse 24 – 79085 Freiburg im Breisgau